

Wenn die Seele schreit

Der Preis des vermeintlichen Wohlstandes – Gewinnmaximierung versus Menschlichkeit

Text: Michael Leinenbach Bilder Schwerpunkt: Luc-François Georgi

Diskriminierung, Mobbing und Gewalt treten in der heutigen Gesellschaft verstärkt als Reaktionen im beruflichen Alltag auf, so auch in den sozialen Berufen. Bereits der Mobbing-Report von 2002 stellte fest, dass in sozialen Berufen der Mobbingrisikofaktor mit 2,8 am höchsten ist, während er z.B. in Reinigungs- und Entsorgungsberufen bei 0,5 und in landwirtschaftlichen Berufen bei 0,1 lag.

Wie einfach ist es doch, einzelne Personen in den Mittelpunkt zu stellen und damit von der gesellschaftlichen Verantwortung abzulenken. In der Bundesrepublik Deutschland steht für diesen gesellschaftlichen Umbau die Agenda 2010, die von der rot-grünen Bundesregierung in den Jahren 2003 bis 2005 umgesetzt wurde. Hintergrund der politischen Entscheidung war die Verlangsamung des Wachstums der deutschen Volkswirtschaft im Vergleich zu den meisten internationalen Konkurrenten.¹

Die Agenda 2010 kann jedoch nicht losgelöst betrachtet werden. Es muss berücksichtigt werden, dass sie im Kontext zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie zum Fiskalpakt entstand, der 1992 zur Vorbereitung der Währungsunion abgeschlossen wurde. Dieser enthielt

Wenn Gewinnmaximierung vor Menschlichkeit und Individualisierung vor Gemeinwohl steht, wird die Belastbarkeit des Einzelnen in vielfältiger Form überschritten

u.a. die Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und des Schuldenstandes auf 60 Prozent. Kurz nach der Einführung des Euro 2002 lag das Defizit u.a. in Deutschland über 3 Prozent. Es folgten weitere Massnahmen zur Verschärfung für alle Euro-Länder – die sogenannte Schuldenbremse der Mitgliedsstaaten nahm seinen Anfang. In Deutschland wurden hierzu bereits im Jahr 2009 Fakten geschaffen. So wurden Bestimmungen in das Grundgesetz aufgenommen, mit denen die Staatsverschuldung gebremst werden soll (Schuldenbremse).²

Was sind die Auswirkungen dieser Entwicklung?

Wesentlich ist, dass die Schuldenbremse ausschliesslich der Ökonomisierung dient. Betroffen sind vor allem die

Kommunen, da diese einen Grossteil der Sozialleistungen aufbringen. Mittlerweile gibt es Kommunen, die den laufenden Betrieb/die laufenden Kosten nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können. Um handlungsfähig zu bleiben, sehen Kommunen und Gemeindeverbände ihre Einsparmöglichkeiten vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen, dazu zählen beispielsweise die Etats für Sozial- und Jugendhilfe. Es hat den Anschein, als bediene sich die Politik nunmehr mit der Schuldenbremse, die offiziell als Massnahme zur Schuldenreduzierung ausgewiesen ist, im eigentlichen Sinne als Steuerung und Rückbau sozialer Leistungen. Gleichsam führt die Schuldenbremse eine seit längerem betriebene bundesweite Zersplitterung der Leistungsgesetze im föderalen System, u.a. in den Bereichen Soziales, Kinder- und Jugend, Bildung und Wissenschaft, Heimrecht, Strafvollzug sowie Gesundheit, immer weiter fort.³

Warum diese Erläuterungen?

War zunächst die gesellschaftliche Ausrichtung auf Wohlfahrtsstaatlichkeit ausgerichtet, so entwickelte sich in Deutschland seit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie dem Fiskalpakt im Jahr 1992 eine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat hin zum sogenannten Fördern und Fordern. Gerade in den letzten Jahren konnte beobachtet werden, wie diese Haltung gegenüber anderen europäischen Ländern massiv durchgesetzt wurde. Ein Ergebnis dieser Prozesse ist, dass die Politik mittlerweile durch den u.a. in Deutschland herrschenden angelsächsischen Kapitalismus scheinbar nicht mehr in der Lage ist, soziale Belange ausreichend zu fordern und mit entsprechenden Finanzen und Personal auszustatten. An die Stelle der früheren Wohlfahrtsstaatlichkeit tritt allmählich eine soziale Kälte, die die BürgerInnen in ihrem täglichen Leben mehr und mehr spüren.

Wenn HelferInnen zu Opfern werden

Der angelsächsische Kapitalismus führt dazu, dass bisherige soziale Dienstleistungen dahin gehend verändert werden, dass einerseits der Anspruch an die Einzelperson auf ein Mehr an Eigenverantwortung gelenkt wird und andererseits u.a. bedingt durch die Schuldenbremse der Personalbestand im sozialen Sektor radikal reduziert wird. In einem solchen Umfeld baut sich Aggression bei den Menschen auf, die diese als entsprechende Ventile benutzen. Gleichzeitig sind die HelferInnen im Berufsfeld der Sozialen Arbeit diejenigen, welche politische Entscheidungen umsetzen müssen und dabei den unterschiedlichsten Formen von Aggressionen ausgesetzt sind, ob Diskriminierung, Mobbing oder Gewalt.

In seiner Publikation «Gesundheitsrisiko am Arbeitsmarkt» vom September 2009 kommt das Statistische Bundesamt zum Ergebnis, dass Arbeit auch unabhängig von akuten Beschwerden als gesundheitlich belastend empfunden wird. Hier wird aus der Arbeitskräfteerhebung von

Michael Leinenbach,
Dipl. Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, ist Abteilungsleiter für Familie und Soziales in der Kreisstadt Saarlouis und erster Vorsitzender des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit DBSH.



2007 zitiert, dass diese «auch untersucht, ob die Erwerbstätigkeit eine Belastung darstellt, die sich negativ auf das Wohlbefinden auswirkt – und zwar in körperlicher oder psychischer Hinsicht. Psychische Belastungen spielen im Arbeitsalltag eine grössere Rolle als körperliche. Jeder achte Erwerbstätige (12,3%) gab an, bei der Arbeit psychischen Belastungen ausgesetzt zu sein, die sich negativ auf das Wohlbefinden und damit auf die Arbeitsfähigkeit auswirken. Die dominierenden Faktoren sind hierbei der Zeitdruck und die Arbeitsüberlastung. 11,2% der Erwerbstätigen waren überwiegend aus diesen Gründen belastet. Mit deutlichem Abstand hierzu wurden spezifische personenbezogene Gründe wie Mobbing oder Belästigung (0,8%) oder gar Gewalt oder Gewaltandrohung (0,3%) genannt. Insgesamt zeigen sich hinsichtlich der psychischen Auswirkungen nur geringe Unterschiede nach dem Geschlecht. Frauen waren etwas häufiger Opfer von Mobbing (0,9% im Vergleich zu 0,7% der Männer), aber etwas seltener Arbeitsbelastung und Zeitdruck ausgesetzt (10,1% gegenüber 12,2%).»⁴

In einer weiteren Untersuchung⁵ stellt das Statistische Bundesamt fest, dass 2013 insgesamt 21,3% der Erwerbstätigen angaben, unter einer psychischen Belastung zu leiden. Als häufigste Gründe wurden starker Zeitdruck und Arbeitsüberlastung angegeben. Der Anteil psychisch belasteter Erwerbstätiger lag 2007 bei rund 16%. Wird die Repräsentativstudie für die Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 2002 hinzugezogen, in welcher der Mobbingrisikofaktor mit 2,8 (der höchste Faktor aller Arbeitsbereiche) für die sozialen Berufe vergeben wurde, so wird deutlich, wie stark betroffen die sozialen Berufe sind.

Resümee

Abschliessend kann festgestellt werden, dass Diskriminierung, Mobbing und Gewalt in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft Auswirkungen sind, die von ebendieser Gesellschaftsform hervorgebracht werden. Wenn Gewinnmaximierung vor Menschlichkeit und Individualisierung vor Gemeinwohl steht, wird die Belastbarkeit des Einzelnen in vielfältiger Form überschritten. Arbeitsbedingungen und Stress können dazu führen, dass aus Fachkräften TäterInnen werden, sowohl gegenüber der Klientel wie auch gegenüber dem Team. Oftmals führen Strukturen zu entsprechenden Handlungen aus Überforderung und Überlastung, wenn sich Fachkräfte allein gelassen fühlen. Der Preis des vermeintlichen Wohlstandes, der ge-



zählt werden muss, ist oftmals ein «Schrei der Seele». Dieser «Schrei der Seele», der sich in unterschiedlichsten Formen zeigt und der dem Menschen oftmals nur eine Möglichkeit bietet, sich zu schützen: den Weg in die Krankheit in unterschiedlichsten Formen, in der oftmals die Opfer-Täter-Rollen auch wechseln können.

Die Feststellungen des Statistischen Bundesamtes zeigen auf, dass die Rate der Betroffenen anlog der fortschreitenden Ökonomisierung steigt. Wenn die europäischen Gesellschaften daran festhalten, diesen kapitalistischen Weg weiterzugehen, wird der zu zahlende Preis eine damit einhergehende Erkrankung des Einzelnen sein. Soziale Arbeit beansprucht für sich, auf der Grundlage der Berufsethik zu handeln. Gerade die Orientierung auf die Berufsethik verpflichtet die Soziale Arbeit, diese Missstände aufzuzeigen und den Verantwortlichen durch das Ziehen von roten Linien Grenzen aufzuzeigen. Es ist daher an der Zeit, Diskriminierung, Mobbing und Gewalt nicht nur individuell auf die einzelne Person zu betrachten. Vielmehr müssen die Abhängigkeit der einzelnen Person vom System und die Verantwortung des Systems für Diskriminierung, Mobbing und Gewalt in den von ihm geschaffenen Strukturen verstärkt in den Fokus gerückt werden.

Die Studien der Organisation Oxfam der beiden letzten Jahre stellen Erschreckendes fest: «2016 besaßen 62 der reichsten Menschen so viel wie der ärmste Teil der Weltbevölkerung – ein Jahr später waren es sogar nur 8. Damit steht fest, dass das weltweite System des Kapitalismus die Menschheit in die Irre führt. Das ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass dieses System nicht allen zu Wohlstand verhilft, sondern nur wenigen dienlich ist.»⁶ Bleibt abschliessend festzustellen: Wenn im beruflichen Kontext Diskriminierung, Mobbing und Gewalt verringert werden sollen, geht das zwingend einher mit der Forderung eines Systemwechsels innerhalb der Gesellschaft. |

Vorschau

Nr. 7_8/2017: **Asyl**

Call for Papers: 1. Januar | Redaktionsschluss: 15. Mai
Inserateschluss: 10. Juni

Nr. 9/2017: **Gesundheitsförderung**

Call for Papers: 1. März | Redaktionsschluss: 15. Juli
Inserateschluss: 10. August

Nr.10/2017: **Lernende Organisationen**

Call for Papers: 1. März | Redaktionsschluss: 15. August
Inserateschluss: 10. September

Nr. 11/2017: **Prostitution**

Call for Papers: 1. April | Redaktionsschluss: 15. September
Inserateschluss: 10. Oktober

Kontakt: redaktion@sozialaktuell.ch

Fussnoten

- 1 www.bpb.de/apuz/28920/die-agenda-2010-eine-wirtschaftspolitische-bilanz?p=all
- 2 www.michael-leinenbach.de/fileadmin/downloads/Die_staetliche_Schuldenbremse_und_ihre_Konsequenzen.pdf
- 3 www.michael-leinenbach.de/fileadmin/downloads/PM_DBSH_Schuldenbremse.pdf
- 4 www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2009_09/2009_09Gesundheitsrisiken.html
- 5 «Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme – Ergebnisse einer Zusatzerhebung im Rahmen des Mikrozensus 2013»: www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/ArbeitsunfaelleGesundheitsprobleme_92014.pdf?__blob=publicationFile
- 6 www.dbsch.de/fileadmin/downloads/World_Social_Work_Day_2017_02.pdf